

Nr. 17/392

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zuständigkeit für frühkindliche Bildung auf das Bildungsressort übertragen
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 30. April 2008
(Drucksache 17/376)
2. Klassenfrequenz in den Profilklassen der Sekundarschule
Antrag der Fraktion DIE LINKE.
vom 30. April 2008
(Drucksache 17/378)

Nr. 17/393

Neuorganisation des Bremer Immobilienmanagements

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 6. Mai 2008
(Drucksache 17/387)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2008

(Drucksache 17/463)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/394

Gesetz zur Gründung einer Anstalt für Immobilienaufgaben

Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2008
(Drucksache 17/459)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und die staatliche Deputation für Bau und Verkehr.

Nr. 17/395

Wiedereinführung der 5-Prozent-Klausel bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven

**Bericht und Antrag des nichtständigen Ausschusses „Erleichterung der Volksgesetzgebung und Weiterentwicklung des Wahlrechts“
vom 26. Juni 2008**

(Drucksache 17/471)

Der Staatsgerichtshof möge prüfen, ob folgende Änderung des Bremischen Wahlgesetzes zulässig ist:

Das Bremische Wahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 1990 (Brem.GBl. S. 321), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Dezember 2006 (Brem.GBl. S. 539), wird wie folgt geändert:

In § 42 Abs. 3 Satz 1 werden die Worte „§ 7 Abs. 7“ gestrichen.

Nr. 17/396

Masterplan Industrie

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Mai 2008
(Drucksache 17/404)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 3. Juli 2008

(Drucksache 17/480)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die Bedeutung eines starken, erfolgreichen und innovativen industriellen Sektors für die Zukunftsfähigkeit des Landes Bremen und fordert den Senat auf, aktive Industriepolitik zu einem der Bedeutung dieses Sektors für das Land Bremen entsprechenden Bestandteil der Wirtschaftspolitik und -förderung zu entwickeln.
2. Der Senat wird gebeten, innerhalb von sechs Monaten nach dieser Beschlussfassung in einem „Masterplan Industrie“ eine tragfähige Gesamtstrategie für den industriellen Sektor zu erarbeiten. Für die Erstellung der industriepolitischen Zielsetzungen sind alle relevanten Aspekte der Gewerbeflächen-, Stadtentwicklungs- und Verkehrs-, Umwelt- und Energie-, Investitions- und Forschungs-, Wissenschafts- und Bildungspolitik sowie standortspezifische Rahmenbedingungen und regionale Vernetzung (Metropolregion) zu berücksichtigen. Der Masterplan soll in diesem Sinne integrativ Ausgangslage und Zielsetzungen, Handlungsbedarf und -strategien sowie Bedeutung und Entwicklungspotenziale der Bremer und Bremerhavener Industrie für die Landes- und Regionalentwicklung bis 2015 darlegen. Besonderes Gewicht ist dabei auf Beschäftigungswirkungen zu legen.
3. Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) auf Basis des Masterplans einmal jährlich über die erfolgten Umsetzungsschritte und die am Arbeitsmarkt und den übrigen unter Punkt 2 genannten Bereichen eingetretenen Wirkungen zu berichten. Dabei sollen neben Erfolgen auch mögliche Probleme und gegebenenfalls für erforderlich erachtete Justierungen identifiziert und hierfür konkrete Lösungsvorschläge aufgezeigt werden.

Nr. 17/397

Sanktionen im Bereich des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und ihre Auswirkungen auf die Vermittlungschancen in den ersten Arbeitsmarkt

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE.
vom 24. April 2008
(Drucksache 17/364)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 27. Mai 2008

(Drucksache 17/421)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/398

Verfolgung von Drogendelikten

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 30. April 2008
(Drucksache 17/377)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2008

(Drucksache 17/462)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/399

Sachstandsbericht zur Einführung eines Sozialtickets in Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE.
vom 19. Mai 2008
(Drucksache 17/403)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2008

(Drucksache 17/465)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/400

Überfischung stoppen und Wettbewerbsverzerrungen in der Hochseefischerei beseitigen

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 1. Juli 2008
(Neufassung der Drs. 17/441 vom 03.06.08)
(Drucksache 17/479)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert, dass die für alle Mitgliedstaaten einheitlichen Fischereiregeln in einigen Fanggebieten ökonomisch und ökologisch fragwürdige große Beifangmengen bewirken und so die Fischbestände vor allem in der nördlichen Nordsee und im Nordatlantik unangemessen belasten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, über Bundesrat und Bundesregierung auf eine Weiterentwicklung der EU-Fischereipolitik hinzuwirken, die insbesondere den unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen EU-Gewässern angemessen Rechnung trägt.
3. Der Senat wird gebeten, sich auf allen Ebenen nachdrücklich dafür einzusetzen, dass die EU zur Vermeidung von Überfischung und Wettbewerbsverzerrungen nördlich des 56. Breitengrads ihr Fischereirecht den strengen Vorschriften, Kontrollen und Sanktionen Norwegens und Islands angleicht.
4. Der Senat wird aufgefordert, über den Bundesrat darauf hinzuwirken, dass die in deutscher Verantwortung gestalteten und praktizierten Kontrollen und Sanktionen von Fischereibetrieben nicht wettbewerbsverzerrend wirken. EU-weit einheitliche und einheitlich angewendete Kontrollen sowie vergleichbare Sanktionen bei Rechtsverstößen sind unverzichtbar zur Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen für deutsche Fischereibetriebe.

Nr. 17/401

Verurteilung des Systems der Laogai-Lager

Antrag der Fraktionen der FDP, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 1. Juli 2008
(Neufassung der Drs. 17/431 vom 29.05.08)
(Drucksache 17/478)

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen wird aufgefordert,

1. bei offiziellen Anlässen mit chinesischen Partnern den Dialog über die Menschenrechte fortzusetzen und die Problematik der Laogai-Lager zur Sprache zu bringen. Hierzu gehören Gespräche mit Bremens Partnerstadt Dalian, Regierungsbesuche wie auch wirtschaftlicher Austausch;
2. bremische Institutionen wie die Kammern, die Hochschulen, Museen oder Institute darum zu bitten, bei Gesprächen mit chinesischen Partnern diese Problematik ebenfalls anzusprechen;
3. bremische Unternehmen, die in China tätig sind, auf die Möglichkeit hinzuweisen, dass sie eventuell mit chinesischen Partnern zusammenarbeiten, hinter denen sich Laogai-Lager verbergen;
4. die Etablierung von Zertifizierungsmodellen zu unterstützen, die eine Wertschöpfung aus Zwangsarbeit ausschließen und für alle Produktionsschritte eines Produktes die Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen garantieren und die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren;
5. Möglichkeiten zu prüfen, wie ausgeschlossen werden kann, dass Waren aus öffentlicher Beschaffung ganz oder teilweise in Laogai-Lagern hergestellt wurden;
6. die Öffentlichkeit für das Thema Zwangsarbeitslager in China und anderen Staaten zu sensibilisieren. Dies kann beispielsweise durch Veranstaltungen mit der Wirtschaft oder mit geeigneten Institutionen und Nichtregierungsorganisationen geschehen;
7. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb eines Jahres Bericht zu erstatten.

Nr. 17/402

Lissabon-Strategie – lokaler Beitrag Bremens?

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 7. Mai 2008
(Drucksache 17/392)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 24. Juni 2008

(Drucksache 17/464)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/403

Stalking-KIT beim Täter-Opfer-Ausgleich finanziell absichern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/201)

Der Antrag ist durch die Drucksache 17/409 erledigt.

Nr. 17/404

Stalking-KIT beim Täter-Opfer-Ausgleich finanziell absichern

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 20. Mai 2008
(Drucksache 17/409)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Rechtsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

Nr. 17/405

Bremerhaven und Bremen als Netzwerk für „Clean Ship“

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 4. Juni 2008
(Drucksache 17/446)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen einer integrierten EU-Meeresspolitik ein Netzwerk für eine „Clean Ship“-Initiative zu entwickeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat in diesem Zusammenhang auf, im Rahmen des vorhandenen Clusters Maritime Wirtschaft einen Schwerpunkt zu bilden, in dem alle Kräfte für innovative Schiffsbetriebs- und Schiffbautechnik sowie Schiffsentwicklungen vernetzt werden können. Auf dieser Basis ist weitergehend eine effiziente Bündelung und Vernetzung des vorhandenen Know-hows in Forschung, Ausbildung, Wirtschaft und Industrie sicherzustellen, um damit Bremen ein weiteres Standortmerkmal zu verschaffen, das im Fortgang auch insbesondere Initiativen zugutekommen soll, die die Potenziale und Entwicklungschancen bei der Reduzierung der Schiffsemissionen aufzeigen.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, ihr bis zur Landtagssitzung im Dezember 2008 über die bis dahin vorgenommenen Schritte und Entwicklungen zu berichten.

Nr. 17/406

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Schule ohne Grenzen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. Mai 2008
(Drucksache 17/429)
2. Gesetz zur Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes
Weiterbildung der Arbeitnehmer und lebenslanges Lernen zielgenau fördern!
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 1. Juli 2008
(Neufassung der Drs. 17/440 vom 03.06.08)
(Drucksache 17/473)
1. Lesung
3. Arbeitsplatzeffekte in Vorlagen aufnehmen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 18. Juni 2008
(Drucksache 17/454)

